

Analyse der Wahlprogramme wichtiger Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008 in Hamburg: Hamburg ist das Tor zur Doppik – haben die Bremer den Schlüssel dazu?

[23. Februar 2008]

Zugegeben, es macht derzeit noch keine große Freude auf Länderebene nach Reformbestrebungen im Haushalts- und Rechnungswesen Ausschau zu halten. Was in vielen Kommunen längst Wirklichkeit ist bzw. perspektivisch Wirklichkeit werden wird, scheint auf Länderebene in weiter Ferne zu sein. Nur zäh kommen Neuerungen voran.

Löbliche Ausnahme ist hier das Land Hamburg. Neben Hessen – als Flächenland – hat der Stadtstaat auf diesem Feld in den vergangenen Jahren erstaunliches geleistet. Umso gespannter durfte man auf die Äußerungen der Parteien im Zuge der anstehenden Bürgerschaftswahl 2008 sein – in Hessen haben sich die Parteien ausführlich mit der Doppik-Einführung auseinandergesetzt – nicht immer unkritisch. (siehe Analyse der Wahlprogramme für die Hessenwahl 2008 auf HaushaltsSteuerung.de)

In Hamburg ist alles anders. Nach übermäßig kritischen Tönen im Kontext der Doppik-Einführung sucht man in den Wahlprogrammen der Parteien vergebens. Die Hamburger scheinen auf einem sehr guten Weg zu sein. Tatsächlich sind sie bei der Erneuerung des externen Rechnungswesens derzeit die unbestrittene Nr. 1 unter den Ländern – Hamburg konnte 2006 rückwirkend zum Jahresanfang als erstes Bundesland eine Eröffnungsbilanz vorlegen – zwar noch ohne Integration der Auslagerungen, aber immerhin. Da wundert es kaum, dass die Parteien diesen Erfolg feiern.

So bejubelt die CDU Hamburg die Vorreiterrolle des Landes in ihrem Wahlprogramm:

„Als erstes deutsches Bundesland hat Hamburg eine kaufmännische Bilanz vorgelegt und steht damit bei der Modernisierung Öffentlicher Haushalte bundesweit an der Spitze.“ (*Wahlprogramm der CDU Hamburg, Seite 15*)

Und die FDP unterstreicht ihren Anteil an diesem Erfolg mit:

„Die Einführung der kaufmännischen Buchführung in der öffentlichen Verwaltung unserer Stadt wurde von der FDP-Bürgerschaftsfraktion im Dezember 2002 initiiert. Im Herbst 2006 stellte der Senat seine Eröffnungsbilanz vor. Sie weist ein Eigenkapital von 4 Mrd. Euro (Eigenkapitalquote 8%) aus.“ (*Wahlprogramm der FDP, Seite 82*)

Die Hamburger SPD und Die Linke halten sich dahingegen zurück – in deren Wahlprogrammen finden sich keinerlei Angaben zur Doppik-Einführung.

Bei der GAL werden sogar bereits Informationen aus der Doppik im Wahlprogramm und in Abgrenzung zum politischen Mitbewerber verwertet:

„Der jetzige Senat verzehrt Vermögen – Kreditaufnahmen, Privatisierungen und Entnahmen aus Rücklagen stehen einem deutlich geringeren Vermögensaufbau gegenüber. Damit enteignet der Senat schleichend die Stadt und kommende Generationen.“ (*Wahlprogramm der GAL, Seite 50*)

Beachtenswert ist aber, dass auch die GAL der Einführung der kaufmännischen Buchführung Respekt zollt.

„Transparenz für die Finanzen – kaufmännischer Haushalt. Der erste Schritt zu soliden Finanzen ist mehr Transparenz. Die GAL will deshalb ein vollständig kaufmännisches Haushaltswesen in Hamburg einführen. Einige Schritte dorthin, z.B. eine Eröffnungsbilanz, ist auch der jetzige Senat schon gegangen.“ (*Wahlprogramm der GAL, Seite 51*)

Bei genauer Betrachtung geht die GAL sogar noch einen Schritt weiter. Sie fordert eine Schuldenbremse für Hamburg die nur auf Basis der Doppik überhaupt möglich ist. Die Kreditaufnahme soll auf die „Nettoinvestitionen“ (= Bruttoinvestitionen - Abschreibungen - Erlöse aus Vermögensverkäufen) beschränkt werden. Mit der vollständigen Abbildung der Abschreibungen wäre eine solche Regelung theoretisch möglich.

„Der alte kamerale Schuldenbegriff ist nur die Hälfte der Wahrheit, weil er den Vermögensverzehr und die Verkäufe nicht erfasst. Zudem können Kreditaufnahmen unter bestimmten Bedingungen – etwa für den Aufbau zusätzlichen Vermögens oder zur zeitlich befristeten Begrenzung eines Konjunkturreinbruchs sogar sinnvoll sein. Wichtig ist also Klarheit nicht nur über Schulden, sondern ebenso über das Vermögen und die Zukunftsverpflichtungen. Wir GRÜNE treten für eine ganzheitliche und ehrliche Betrachtung von Hamburgs Finanzlage ein. Wir wollen deshalb, dass eine Kreditaufnahme der Stadt nur noch in Höhe der um Abschreibungen und Veräußerungserlöse bereinigten Investitionen vorgenommen werden darf. Und wir wollen, dass die Politik am Ende einer Planungsperiode von maximal vier Jahren mindestens so viel Vermögenswerte hinterlässt, wie sie am Anfang vorgefunden hat, und im Idealfall mehr.“ (*Wahlprogramm der GAL, Seite 51*)

Unbestritten, die Hamburger scheinen mit ihrem Modernisierungsprogramm vollumfänglich zufrieden zu sein. Die Basis für eine verbesserte Steuerung auf Grundlage der Doppik scheint geschaffen zu sein. Allerdings auch nur fast. Denn die doppischen Daten wollen auch genutzt werden. Transparenz ist erst der Anfang, die Nutzung der Daten für die Steuerung wäre der konsequente zweite Schritt. Und so fordert die FDP die verstärkte Nutzung der Daten für die Haushaltsplanung und Steuerung.

„Die jetzt neben der kameralistischen Buchführung entstehenden kosten- und erfolgsorientierten Rechenschaftsberichte des Senats sind ein großer Schritt hin zu mehr Transparenz hinsichtlich der Ertrags- und Vermögenslage der Stadt. Jedoch handelt es sich um eine reine ex-post-Betrachtung. Die FDP Hamburg will mittelfristig auch bei der Haushaltsplanung von der kameralistischen Betrachtung Abschied nehmen und ein neues aufgabenbezogenes und an Kosten und Leistungen orientiertes Haushaltswesen einführen.“ (*Wahlprogramm der FDP, Seite 82*)

„Die FDP wird für die Einführung eines wirksamen Benchmarking sorgen. Entgegen den vollmundigen Ankündigungen des Finanzsenators ist bislang noch nicht einmal die dafür erforderliche Datenbasis in den Behörden erarbeitet worden, wie der Rechnungshof in seinem letzten Jahresbericht 2006 feststellt. Dabei lassen sich durch den Vergleich analoger Verwaltungsvorgänge verhältnismäßig einfach Sparpotentiale ermitteln. Insbesondere in den Bezirken gibt es Aufwandsunterschiede für gleiche Vorgänge von über 100 Prozent.“ (*Wahlprogramm der FDP, Seite 83*)

Hier könnte Hamburg demnach schon noch nachlegen. Vielleicht bestätigt sich in diesem Zusammenhang die alte schelmische Weisheit: „Die Hamburger haben das Tor zur Doppik – aber die Bremer haben den Schlüssel dazu.“ Denn in Bremen wird schon seit Jahren mit dem Modell des Produktgruppenhaushaltes operiert und experimentiert – allerdings auf kameraler Basis. Beide Stadtstaaten könnten demnach voneinander lernen: Man darf gespannt sein, ob sie es auch tun.

Quellen:

- CDU Hamburg: Das Regierungsprogramm der Hamburger CDU 2008-2012
- Die Linke: Wahlprogramm Bürgerschaftswahl 2008
- FDP Hamburg: Wahlprogramm der FDP Hamburg zur Bürgerschaftswahl 2008
- GAL: Wahlprogramm der GAL zur Bürgerschaftswahl 2008
- SPD Hamburg: Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2008 in Hamburg